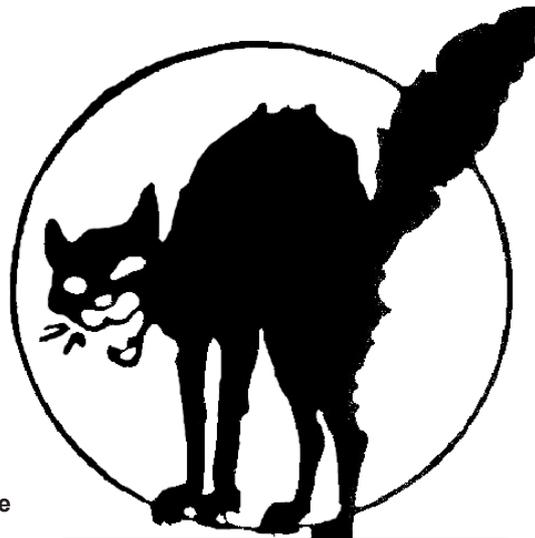


di schwarzi chatz

Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union in der Schweiz
www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch



Ein Erfolg, der keiner ist

Der Kampf gegen die Schliessung der Karton Deisswil - Teil 1 Ereignisse

Acht Wochen dauerte die Auseinandersetzung in der Kartonfabrik Deisswil, nachdem alle Hoffnungen auf eine anständige Lösung durch Verhandlungen aufgegeben werden mussten, wurde über eine Woche die Fabrik blockiert. In diesem Teil werden die Ereignisse zusammengefasst, im nächsten Teil folgt dann eine Analyse des Kampfs durch die Unterstützer.



Arbeiter und Corrado Pardini zerreißen vor der Fabrik ein Kampftransparent

Der graue Koloss liegt ruhig im grünen Tal, der säuerliche Geruch ist verschwunden. Es weht keine Dampfahne mehr in das kurvische Worblental. Die verbleichte Schweizerfahne weht schlaff hinter dem Schriftzug „Karton Deisswil“. In den mittlerweile stillen Schluchten zwischen den Fabrikge-

bäuden führen ausgefahrene Gleise durch Pflützen, die der letzte Regen in den rissigen Beton gefüllt hat. Der graue Koloss wirkt noch grauer und bröcklicher als sonst. Als hätte er selbst aufgegeben. Und irgendwie ist es auch so, denn seit dem 28. Mai ist alles vorbei.

Die kämpferischen ArbeiterInnen von Deisswil versammelten sich nach der Betriebsversammlung vor einem Werktor und zerrissen zusammen mit dem Unia-Funktionär Corrado Pardini das Transparent mit der Aufschrift „Wir kämpfen für unsere Arbeitsplätze!“

Gekämpft haben sie auch: Acht Wochen hat die Auseinandersetzung zwischen den DeisswilerInnen und dem Karton- und Holzmulti Mayer-Melnhof (MM) gedauert. Während diesen acht Wochen wurden die DeisswilerInnen von allen Beteiligten übergangen und ausgetrickst: Zuerst von der Geschäftsleitung, die die Betriebschliessung während den einwöchigen Be- (weiter auf Seite 2)

Editorial

Während zwei Monaten haben die BuezerInnen der Karton Deisswil mit ArbeitgeberInnen, PolitikerInnen und am Ende mit Spekulanten um ihre Zukunft gerungen. Zwei Monate lang wurden die BuezerInnen verarscht und hintergangen. Das Wetter hat während dieser Zeit die passende Kulisse geliefert: An kaum einem Tag war es durchwegs sonnig – sie wurden im Regen stehen gelassen.

Um den Arbeitskampf in Deisswil geht es in zwei Artikeln in dieser und der nächsten Ausgabe. Im ersten Artikel geht es um die Ereignisse in und um Deisswil und im zweiten Artikel werden zwei Unterstützer der DeisswilerInnen den Kampf analysieren und kommentieren.

In Deisswil beging die grosse Gewerkschaft vor heimischen Spekulanten und Kapitalisten einen Kniefall – als ob AusbeuterInnen aus der „Heimat“ besser wären!

Umso wichtiger ist es, dass die Arbeit von grossen und kleinen kämpferischen (Basis-)Gewerkschaften nicht behindert wird! In Berlin konnte die lokale kämpferische Gewerkschaftsbewegung einen ersten kleinen Sieg erringen: In einem unerwartet positiven Urteil hoben die Richter das Urteil gegen die Berliner FAU auf.

Auch aus Serbien erreichen uns positive Nachrichten: Die Belgrade 6 wurden freigesprochen und damit ist auch dieser Angriff auf eine unangepasste und radikale Gewerkschaft misslungen!

Die Nachrichten aus dem Ausland sind also mehrheitlich erleichternd. Wir müssen nun in der Schweiz weiter daran arbeiten, dass unter „Gewerkschaft“ nicht bloss eine massiv beflaggte Agentur für Rechtsschutzversicherungen verstanden wird.

Packen wir's an und gehen hoffnungsvoll in den Hochsommer!

Eure FAUistas

Aus dem Inhalt

- Belgrade 6 frei!.....3
- Verantwortung oder Haftbarkeit: Die Katastrophe von Bhopal.....4
- Gewerkschaftsverbot aufgehoben!.....5
- Die Bedürfnisse der armen Leute - Die Proteste in Thailand.....6
- Europa in der Krise.....8
- Kultur.....11
- Rechtliches.....12

Ein Sieg, der keiner ist (von Seite 1)

etriebsferien anordnete und die Belegschaft nicht informierte; dann von den PolitikerInnen, denen die Illusion einer grünen und CO2-neutralen Wirtschaft wichtiger ist, als gut bezahlte Arbeitsplätze für Leute ohne Berufsbildung; schlussendlich wurden sie auch von der Gewerkschaft Unia übergeben, die sich bereits am Anfang des Kampfes ganz auf einen Sozialplan ausrichtete, statt, wie von der Belegschaft gewünscht, auf Arbeitsplätze.

Am 12. April fand die erste Versammlung nach der Schliessung statt. Der in den letzten Wochen des Kampfes „Pinocchio“ getaufte Fabrikdirektor Stefan Schneider führt mit betroffener Miene und Stimme durch die Betriebsversammlung, die Presse und die Unia warten draussen. AktivistInnen der FAU und Sympathisanten verteilen Flugblätter auf denen steht: „Wer kämpft kann gewinnen“.

Drei Tage nach der von der Firmenleitung organisierten Versammlung und eine Woche nach der Fabrikschliessung findet die erste praktische Reaktion der Unia auf die Schliessung statt: Eine Versammlung in Stettlen. Der Unia-Funktionär Roland Herzog, genannt Duke, fragt in den Saal „Was wollt

ihr jetzt tun?“ Einige Deisswiler reagieren konsterniert: Wir hatten doch noch nie mit so einer Situation zu tun und sollen jetzt wissen, wie wir reagieren sollen? Einige Ideen entstehen trotzdem: Eine Demo in Bern und eine in Wien, PolitikerInnen dazu bringen sich für die Kartonfabrik einzusetzen. Und dann kommen Ideen, die Duke sichtlich unangenehm sind, etwa: Nach Wien fahren und dort eine MM-Fabrik besetzen. Notiert werden aber nur diejenigen Ideen, die sich mit der sozialpartnerschaftlichen Linie der Unia vertragen. Eine Resolution wird in Windeseile vorgelesen und abgesegnet. Und dann melden sich Leute, die nicht zur Belegschaft gehören: Der Künstler Mark Fels möchte als Unterstützung mit den DeisswilerInnen zusammen eine Installation aus Porträts der BuezerInnen in der Fabrik ausstellen und

Johannes Wartenweiler würde den BuezerInnen helfen eine Zeitung zu schreiben. Beide Projekte stossen auf Anklang und werden realisiert. Am 17. April findet eine Demo in Deisswil statt, die von Buezern und über Facebook organisiert wurde, rund fünfhundert Leute kommen – die Unia bringt etwa gleich viele Fahnen.

Nach langem hin und her findet am 27. April eine Reise nach Wien statt, die von der Betriebskommission (BK) mitbezahlt werden musste. Auf einer Raststätte in St. Pölten machen die rund 140 DeisswilerInnen Bekanntschaft mit den Lügen von MM-CEO Hörmanseder: Er streut via Betriebskommissionspräsident das Gerücht, dass der schwarze Block oder Rechtsextreme in Wien auf die Deisswiler Demo war-



DeisswilerInnen appellieren an das nicht vorhandene Gewissen der PolitikerInnen

ten. Obwohl von UnterstützerInnen in Wien Entwarnung gegeben wurde, fahren die DeisswilerInnen nicht nach Wien, sondern in den Wienerwald, wo sie Hörmanseder treffen, der ihnen – von Bodyguards beschützt – das Blaue vom Himmel verspricht und sie wieder nach Hause schickt. Die Unia und vor allem deren Zeitung *work* bezeichnen die traurige Episode in Österreich dennoch als Erfolg.

Am 30. April wird die Kunstaussstellung eröffnet, rund 300 Leute kommen und auf dem Fabrikgelände verbreitet sich eine eigenartige Mischung von Volksfest und Kunstvernissage. Die Ausstellung bleibt auf drängen von Pinocchio Schneider nur acht Tage offen, wird aber an jedem Tag von mehreren Dutzend Leuten besucht.

Am Tag der ArbeiterInnenbewegung veranstaltet die Unia eine Feier auf dem Fabrikgelände und bringt es dank Nieselregen und vier Stunden Ansprachen von irgendwelchen hohen FunktionärInnen und PolitikerInnen fertig, dass am Schluss der Feier von den BuezerInnen rund ein Viertel nach Hause gegangen ist. Im Anschluss an die Feier findet ein fahnenprächtiger Trottoirumzug von Deisswil nach Bern statt, um dort an der 1.Mai-Kundgebung teilzunehmen. Da das Zeitmanagement nicht aufging und der Umzug zu schnell unterwegs war, muss unterwegs pausiert werden. Dies aber nicht etwa im Zentrum von Ostermündingen, wo noch einige Leute wären, sondern im Niemandsland in der Nähe der Bushaltestelle Waldeck.

In Bern angekommen setzten sich die DeisswilerInnen zuvorderst an die Demo, die aber nur etwa zehn Minuten lang dauerte und ein Deisswiler hielt auf dem Bundesplatz eine Rede. Auf dem Bundesplatz spielte sich dann ungefähr das selbe wie in Deisswil ab: Es regnete und es wurden Reden geschwungen, mit dem Effekt, dass die DeisswilerInnen bald alle verschwunden waren.

Unerhörtes geschah als am 10. Mai DeisswilerInnen auf dem Bundesplatz standen: Die Kundgebung wurde ohne die Unia organisiert

und bis am Morgen vor ihr geheim gehalten. Die Kundgebung hatte zum Zweck ein letztes Mal an etwas nicht Vorhandenes zu appellieren: Das Gewissen der Regierenden. In verzweifelter Gutgläubigkeit wurde unter anderem ein Transparent hoch gehalten, auf dem „Frau Leuthard. Bitte helfen Sie uns, sprechen Sie für uns“ stand. Ihre Antwort: „Kein Kommentar“.

Als Duke von einem FAU-Aktivisten vorgeschlagen wurde ein Megafon zu holen, damit die Demo nicht so leise sei, meinte dieser patzig, die Demo sei halt so leise, da sie von den BuezerInnen organisiert worden sei und so viele kleine Aktionen seien schädlich für einen Arbeitskampf, da man sich verzettelt und die Energie der Leute verbraucht...

Zwei Tage später kam von MM dann der

Bescheid, dass der Standort Deisswil keine Zukunft habe und dass die Fabrik definitiv stillgelegt sei. Überbracht wurde diese Botschaft wiederum nicht vom CEO sondern von Pinocchio Schneider.

An der Betriebsversammlung vom 26. Mai heizte Corrado Pardini auf seine demagogische Art den DeisswilerInnen ein: Jegliche Arbeit sei sofort einzustellen. Dies, nachdem die Unterstützer seit dem 12. April zu einer Besetzung oder Blockade aufgerufen hatten und versuchten die BuezerInnen über den Nutzen einer solchen Aktion aufzuklären. Und dies nachdem Corrado Pardini noch wenige Tage zuvor in der Tessiner Gewerkschaftszeitung *Area Sindacale* verlauten liess, dass in Deisswil gar nicht gestreikt werden könne, da niemand arbeite. Dass Pardini nichts von den Verhältnissen in Deisswil gewusst haben soll ist aber unglauwbüdig, vor allem da er an diesem 26. Mai Deisswil zu einer nationalen und also zu seiner Angelegenheit erklärte.

Pardinis Rede auf jeden Fall war der letzte nötige Funken um den kämpferischen Flügel in Aktion zu bringen. Die Tore wurden besetzt und ankommende Lastwagen wurden zurück geschickt. Dies geschah spontan ohne Anordnung von oben und während die BK eine Sitzung hatte.

Nach zwanzig Minuten kamen der BK-Präsident und Duke und verlangten die Aufhebung der Blockade, da das Ziel erreicht worden sei – ein definitiver Termin mit dem CEO. Anfangs wehrten sich die Blockierenden gegen diesen Entscheid, der ohne sie getroffen worden war, doch je länger auf sie eingeredet wurde, desto mehr bröckelte ihr Wille und schlussendlich konnte der Abbruch der Blockade gegen den Willen der meisten Anwesenden durchgesetzt werden. Eine halbe Stunde später fragte Pardi-

ni nach, wie es um die Blockade stehe und ordnete, nach dem er vom Abbruch hörte, die Wiederaufnahme der Blockade gegen den Willen der BK und des moderaten Flügels an.

Eine Spaltung ging durch die Belegschaft. Auf der einen Seite standen die Kämpferischen, die im 3-Schichten-Betrieb die Tore bewachten und auf der anderen Seite die Moderaten um die BK, die trotz den dauernden Lügen der Geschäftsleitung immer noch ausschliesslich auf Dialog setzten.

Dieser Bruch wurde von Corrado Pardini unter massivem Druck am darauffolgenden Tag gekittet. Nachdem dieser die BK unter Druck gesetzt hatte, erklärte sie sich fortan „einstimmig“ für die Blockade, auch wenn einzelnen Mitglieder der Kommission angesehen werden konnte, dass ihnen die Blockade respektive die Art und Weise ihrer Durchsetzung missfielen.

Die Bombe schlug am Montag 24. Mai ein: eine Mitteilung auf der Homepage von MM teilte mit, dass Deisswil an eine Investorengruppe verkauft worden war. MM fühlte sich fortan nicht mehr für Deisswil zuständig und deswegen kam Hörmanseder auch nicht nach Deisswil. Am Mittwoch war eine Betriebsversammlung, auf welcher Pardini die Hoffnungen der Anwesenden auf neue Arbeitsplätze in Deisswil schürte und sich von ihnen in dieser Stimmung einen Blankocheck für die Verhandlungen geben liess. Des weiteren wettete er zurecht gegen „Pinocchio“ Schneider und sagte, dass dieser in Deisswil keinen Platz mehr haben soll. Den Vorschlag eines Arbeiters, die unbeliebte Personalchefin solle auch keinen Platz mehr haben, lehnte er ab, da es keine Hetzjagden gegen Kaderleute geben solle. Am Freitag 28. Mai präsentierte er das Verhandlungsergebnis: es gibt 50 sichere Jobs in Altpapierrecycling, einer Lagerhallenfirma und der Gebäudeinstandhaltung. 192 Leute sollen in anderen KMU untergebracht werden, der Rest soll über Adecco und Manpower Arbeit finden. Dies wurde unter der Parole „Arbeitsplätze für alle, die wollen“ verkauft.

Mit diesem fahlen Ergebnis endete der Arbeitskampf in Deisswil, der langsam in Gang kam und durchaus Potential hatte grösser zu werden und der von der Unia zur nationalen Angelegenheit erklärt wurde. Gerade die Unia zeigte aber grosse Schwierigkeiten auf die Lügen des MM-Konzerns zu reagieren und scheute sich vor einer klaren Antwort gegenüber Konzern und Investoren.

Eine weitere Analyse des Kampfes erscheint in zwei Monaten in „di schwarzi chatz“.

smf

Belgrade 6 frei!



Sind endlich frei: Die Belgrade 6

Im September wurden sechs AnarchistInnen in Belgrad unter Bedingungen verhaftet, deren sich nicht einmal ein Staat rühen kann. Es begann eine Medienhetze gegen die sechs AktivistInnen, von denen die meisten in der Anarschosyndikalistischen Initiative (ASI) organisiert sind. Die ASI ist eine Basisgewerkschaft und das serbische Mitglied der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA). Den Belgrade 6 wurde vorgeworfen einen Molotowcocktail auf die griechische Botschaft geworfen zu haben. Bei diesem Anschlag, von dem sich die ASI stets distanzierte, entstand geringer Sachschaden (ein gebrochenes Fenster und einen Brandfleck an der Fassade). Der Anklagepunkt für diese Tat war unter anderem internationaler Terrorismus.

Bald nach der Verhaftung begann eine internationale Kampagne, die die sofortige Freilassung der Belgrade 6 und die Einstellung aller Verfahren forderte. Eine Gruppe serbischer Intellektueller machte darauf aufmerksam, dass für einen ähnlichen Anschlag, der aber den Tod einer Person zur Folge hatte, die Anklage Gefährdung der öffentlichen Sicherheit lautete.

Mitte Juni wurden nun alle Anklagepunkte fallengelassen und die Belgrade 6 nach fast einem Jahr aus dem Gefängnis freigelassen. smf



1. Libertäre Medienmesse 3.-5. September 2010

Druckluft, Am Förderturm 27, Oberhausen | BRD

Drei Tage Messe, Projektvorstellungen, Lesungen, Kultur, Veranstaltungen, Infos, Leute treffen, Pläne schmieden.

www.limesse.de | contact@limesse.de

www.direkteaktion.org	
	<h2>Direkte Aktion</h2> <p>[mehr als nur eine Zeitung]</p>
	<p>Probeheft gratis! da-abo@fau.org</p>

Verantwortung oder Haftbarkeit

Die Mühen der Gerichte mit der Chemiekatastrophe von Bhopal

Vor 26 Jahren kam es im indischen Bhopal zum grössten Unfall in einer Chemiefabrik. Am 7. Juni 1984 kam es endlich zu den ersten Urteilen. 26 Jahre nach den Ereignissen, deren Auswirkungen heute noch spürbar sind, verurteilte ein Gericht in Bhopal acht indische Manager der ehemaligen Gesellschaft zu zwei Jahren Haft auf Bewährung und zu einer Busse von 100'000 Rupien, was nur 2'500 Franken sind. Union Carbide India Limited wurde zu 500'000 Rupien (12'500 CHF) verurteilt. Eigentlich war auch Warren Anderson angeklagt, der ehemalige Vorsitzende des Mutterkonzerns. Er wurde kurz nach der Katastrophe verhaftet, als er sich vor Ort einen Eindruck machen wollte. Da er aber gegen Kautions wieder freigelassen wurde, konnte er sich in die USA absetzen, wo er bis heute unbehelligt blieb. Im Gerichtsurteil ist von ihm nicht mehr die Rede.

Verurteilen oder zur Verantwortung ziehen

Einen Menschen zu verurteilen heisst Verantwortung zuschreiben, heisst für Gerechtigkeit sorgen. Einen Menschen in ein Gefängnis zu stecken hat dagegen wenig mit Verantwortung zu tun, sondern mit Bestrafen.

Die Verantwortung zu übernehmen würde heissen, dass die Tochtergesellschaft von Union Carbide von einer Produktionsfirma zu einer Gesellschaft zur Schadensbehebung umgewandelt worden wäre. Im Strafrecht, wenn es zum Beispiel um einen Mörder ginge, würde er wegen Flucht- und Verdunklungsgefahr in Untersuchungshaft genommen werden. Bei Firmen ist das anders – es gehört zum Alltag, die betroffenen Firmenteile auszulagern und ihnen die Kapitalbasis wegzunehmen, die für Schadensbehebung oder Sozialplan notwendig wären. Union Carbide hat diese Praxis, kurz nach den Ereignissen, deutlich formuliert:

Das Unternehmen übernimmt die moralische Verantwortung (moral responsibility), aber keine Haftung (liability).

Dem Unternehmen war die moralische Verantwortung in einer aussergerichtlichen Einigung mit Indien 450 Mio. Dollar wert. Dafür wollten sie nicht weiter belangt werden können. Die viel zitierte Aussage wurde von Union Carbide auch vor den US-Amerikanischen Gerichten vorgebracht, als es darum ging, die Zuständigkeit nach Indien zu verlegen. Obwohl der Mutterkonzern, mit 50.9% Besitzanteil an Union Carbide India Ltd., seinen Hauptsitz in den USA hat. So konnten

all die direkten Forderungen der Betroffenen abgewendet werden und in einer Sammelverhandlung am indischen Obergericht abgehandelt werden.

Was bedeuten nun die Urteile? Die indischen Manager werden bestraft, aber nicht zur Verantwortung gezogen, bei Union Carbide India das gleiche. Da mit einer Einsprache von Union Carbide gerechnet wird, kann davon ausgegangen werden, dass mit diesem Urteil niemand zufrieden ist. Die Opferverbände sind es sicher nicht, da die Urteile an der Situation in Bhopal nichts ändern. Wenn wir



Ein junges Opfer der Katastrophe

noch einmal den Vergleich mit einem einfachen Mord beiziehen, würde der Versuch eines aussergerichtlichen Vergleiches zu einer weiteren Anklage führen – wegen Bestechungsversuch.

Die Darstellung der Ereignisse durch Union Carbide

1993 hat Browning, der neben dem Konzernchef für die internen Untersuchungen und die Kommunikation nach aussen zuständig war, einen Bericht veröffentlicht, der die Ereigniskette aus Sicht der Firma wiedergibt. Es ist interessant zu sehen, wie oft die guten Kommunikationsverhältnisse mit den Medien betont wurden, wie die uneigennützig Motivation der Firma glänzend dargelegt wird und alle negativen Aspekte an andere Akteure abgegeben werden. Ein Beispiel? Bei Union Carbide India Ltd waren nur InderInnen angestellt. Dies sei ein Bedürfnis der indischen Regierung gewesen, im Namen der Autarkie und Selbstkontrolle. Auf derselben Seite des Berichts wird die hohe Bedeutung der Sicherheitsstandards

beschrieben, und das seit den 1930er Jahren. Die miserablen Sicherheitsstandards, für die Union Carbide verantwortlich ist, waren nachweislich schon vor der Katastrophe bekannt.

Auf der ersten Seite des Berichtes stehen alle kritischen Fakten, die Zahl der Toten und die Besitzverhältnisse. Auf den restlichen 14 Seiten beschreibt der Bericht nur noch die Bestrebungen zu Helfen und Aufzuklären, gegen den Widerstand des indischen Staates. Dass Union Carbide der einzige Akteur ist, der von einem Sabotageakt ausgeht, ist im Bericht auch nur Beleg für die schlechte Arbeit der indischen Behörden und nicht für fehlende Beweise und Nachvollziehbarkeiten. Wenn Browning ab Seite vier die Ereignisse beschreibt, hört er mit der Zählung der Toten beim Stand von 50 auf. Browning sagt: „Später am Tag wuchs die Zahl sehr stark“. Eine leichte Untertreibung bei fast 10'000 Toten.

Der ganze Bericht beinhaltet unzählige Pressekonzferenzen, interne Informationsbestrebungen, aber praktisch kein Wort, über das was für die betroffene Bevölkerung unternommen wurde, wenn doch, dann ging es darum das der indische Staat Hilfsleistungen der Firma ablehnte.

Globale Vernetzung ohne Verantwortung

Die Situation war hoch komplex. Seither sind fast 30 Jahre vergangen, während denen ununterbrochen Prozesse geführt wurden. Parallel hat sich die Firma drastisch verändert, seit 9 Jahren gibt es sie offiziell nicht einmal mehr.

Die rechtliche Zuständigkeit wurde, aus Gründen der Autonomie, nach Indien gegeben. Das klingt gut, das klingt Postkolonial, und genau das ist es, weil letztendlich immer noch ein US-Gericht darüber entscheiden konnte. Anstatt das die Staaten ihre Aufgaben wahrgenommen hätten, haben sie sich gegenseitig konkurriert, anstatt gemeinsam an der Behebung der Schäden und der rechtlichen Klärung zu arbeiten, konnte eine multinationale Firma die fehlende Übereinstimmungen der Rechtssysteme zu ihrem Vorteil nutzen.

Da es sich bei den meisten Betroffenen um Arme handelt, die in den Slums um die Fabrik wohnten, erklärt, wieso in den Berichten kaum Konkretes über die Hilfe steht, wieso dass auch heute noch kein sauberes Trinkwasser zur Verfügung steht, wenn es nicht in Tanklastwagen herbeigekarrt wird.

Dow Chemicals weigert sich bis heute die Reinigungsarbeiten in die Wege zu leiten. Obwohl die notwendige Summe in einer Greenpeacestudie mit „nur“ 30 Mio. veranschlagt wurde, warten die Bewohner der Region noch heute auf lebenswürdige Umweltbedingungen und trinkbares Wasser. Das bei Dow Chemicals gerade dies, unter dem Schlagwort der Nachhaltigkeit, zur Kernaufgabe gehört ist nur lächerlich:

Das Unternehmen verbindet Chemie und Innovation mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit, um viele der am meist herausfordernden Probleme der Welt anzugehen, wie das Bedürfnis nach sauberem Wasser, erneuerbare Energieproduktion und -Speicherung und wachsende agrarische Produktivität. (Zitat von der Firmenseite www.dow.com)

2009 machte das Unternehmen einen Umsatz von 45 Mia. Dollar und 566 Mio. Nettogewinn (30 Mio. sind also weniger als ein Tausendstel des Umsatzes, oder etwas mehr als 5% des Gewinnes). Eigentlich wäre zu hoffen, dass die über 50'000 Angestellten weltweit und alle Konsumierenden von Dow-Produkten Druck ausüben. In der Schweiz sind vor allem Produkten in der Baubranche bekannt (wie Styrofoam oder Roofmate [<http://building.dow.com/europe/ch/prod/>]) aber auch Victorinox (<http://www.dow.com/safecem/du/case/victorin.htm>) gehört zu den Kunden von Dow.

Es wird sich zeigen, ob Lehren aus dieser Ereigniskette gezogen werden. Für BP wurde es etwas teurer, sie haben ganze 20 Mia. für Sofortmassnahmen bereitgestellt. Die Frage der Gerechtigkeit und Verantwortung wird aber erst in ein paar Jahrzehnten zu bewerten sein, wenn die Konsequenzen bekannt sind.

deo



Die Überreste der Fabrik in Bhopal

Die Ereignisse in Bhopal

In der Nacht vom 2. auf den 3. Dezember 1984 kam es in der Chemiefabrik von Union Carbide India Limited zum wohl schlimmsten Chemieunfall der Menschheitsgeschichte. Bhopal ist die Hauptstadt des Bundesstaates Madhya Pradesh im Herzen Indiens.

Zum Zeitpunkt der Katastrophe stand die Produktion still, es wurden nur Wartungsarbeiten durchgeführt. Da der Fabrik die Stilllegung drohte, waren die Sicherheitsstandards gesenkt und gewisse Systeme ausser Betrieb genommen worden.

Die Gaswolke entstand durch Wasser, das in den Produktionszyklus eindrang. Die chemische Reaktion führte zum Entweichen von ca. 40 Tonnen Methylisocyanat. In dieser Giftwolke kamen, je nach Schätzungen zwischen 3'000 und 8'000 Menschen um. An den Folgen starben viele weitere. Auch hier betragen die Schätzungen der Regierung, die immerhin von über 15'000 Toten ausgeht, nur ca. die Hälfte anderer Schätzungen. Die Zahlen sind so ungenau, weil

im Radius von einem Kilometer um die Fabrik rund 100'000 Menschen siedelten, niemand weiss genau wie viel. Eine Erhöhung von Fehlgeburten, Krebsleiden, Atemwegbeschwerden usw., die auch heute noch signifikant über den landesweiten Durchschnittswerten liegen, betreffen weitere 100'000-200'000 Menschen, die chronisch erkrankt sind.

Aufräumarbeiten hat es kaum gegeben, das heute noch brachliegende Gelände, war schon vor der Katastrophe stark verschmutzt und durch den Verfall während der letzten 26 Jahre traten noch weitere Gifte und Schwermetalle aus, die den Boden und vor allem das Grundwasser bis heute verseuchen. Union Carbide hat sich im Februar 1989 aussergerichtlich mit dem indischen Staat auf eine Summe von 450 Mio. Dollar geeinigt. Die Bestätigung des Deals durch den Obersten Gerichtshof hatte zur Folge, dass Union Carbide nicht weiter haftbar war.

Das Gelände gehört heute dem Staat Madhya Pradesh. 2001 wurde Union Carbide von Dow Chemicals, dem weltweit zweitgrössten Chemiemulti übernommen. deo

Gewerkschaftsverbot aufgehoben!

Es geniesst den Ruf eines traditionellen, „linken“ Programmkinos – das Berliner Kino Babylon Mitte, das stadtweit als einziges Kino staatliche Subventionen erhält. Hinter den Kulissen: Eine Belegschaft, die keine schriftlichen Arbeitsverträge hat, Löhne zwischen 5 und 8 Euro 50 pro Stunde und ein Chef, der mit den MitarbeiterInnen mit einer arroganten „Herr im Hause“-Mentalität umspringt.

Ende 2008 begannen Beschäftigte, sich gegen diese Zustände zu wehren: Sie bauten einen Betriebsrat auf und einige organisierten sich – nachdem sich die „offizielle zuständige“ Gewerkschaft Ver.di an dem Fall nicht interessiert gezeigt hatte – in der FAU Berlin.

Nachdem nach verschiedenen Protestaktio-

nen, u.a. am Berlinale-Filmfestival, die Babylon-Geschäftsleitung keine Gesprächsbereitschaft zeigte, ruft die FAU zum Boykott gegen das Kino auf. Nahezu täglich stehen FAU-Mitglieder und Beschäftigte vor dem Betrieb und informieren über die Zustände im „linken Kino“ und über ihre Forderungen. Der Boykott zeigt Wirkung, ein grosser Teil der Kundschaft beginnt das Kino zu meiden.

Jetzt holen die Babylon-Chefs Timothy Grossman und Andreas Hackel, die beste Verbindungen zum ex-SED (jetzt: Linkspartei) Polit- und Gewerkschaftsfilz besitzen, zur heimlich ausgeheckten und fein abgestimmten Gegenoffensive aus. Nachdem sich Ver.di erst desinteressiert gezeigt und die Linkspartei sich als nicht zuständig er-

klärt hatte, kündigen beide nun grossspurig ihr Eingreifen in den Fall an – der Verdi-Landesvorsitzende Andreas Köhn erklärt den Konflikt gar zur „Chefsache“. Über die Verhandlungen, die er mit der Geschäftsleitung führt, gibt er aber gegenüber den Beschäftigten keine Auskunft. Die Geschäftsleitung selbst lässt durch eine Einstweilige Verfügung vor Gericht den Boykott der FAU verbieten, mit der Begründung die FAU sei nicht „tariffähig“ und dürfe deshalb auch keine Arbeitskämpfungsmittel einsetzen.

Ende 2009 verlangen die Babylon-Bosse in einer zweiten Verfügung sogar, dass der FAU per Strafandrohung verboten sei, sich als „Gewerkschaft“ oder „Basisgewerkschaft“

(weiter auf Seite 6)



Die Berliner FAU vor Gericht

zu bezeichnen – und das Gericht gibt ihnen sofort recht, sogar ohne Anhörung der Gegenseite. Dieses Urteil ist de-Facto ein Gewerkschaftsverbot. Zugleich verbreitet der Ver.di-Boss Köhn in verschiedenen Medien Unwahrheiten über die FAU, z.B. dass es gar keinen Arbeitskampf gegeben hätte oder dass sie Flugblattverteiler bezahlen würde. Die FAU ruft nun deutschlandweit und international zu Protesten gegen das Gewerkschaftsverbot auf und andere kritische

GewerkschafterInnen treten mit dem „Solidaritätskomitee für gewerkschaftliche Freiheit“ gegen das Verbot auf. Ende Januar 2010 ruft die FAU Berlin zu zwei internationalen Aktionstagen gegen das Verbot auf, die von befreundeten Organisationen in rund 54 Städten in 20 Ländern, von den USA bis nach Bangladesh, begangen werden.

In einem weiteren Gerichtsanhörung am 10. Juni 2010 hat Berliner Kammergericht schliesslich der FAU recht gegeben und das

Verbot aufgehoben. Der Richter begründete dies mit der Meinungsfreiheit als Grundrecht. „Es hat außerdem gezeigt, dass das Mittel der Einstweiligen Verfügung nicht ausreichen darf, um einen Arbeitskampf lahmzulegen“, kommentiert Lars Röhm, Sekretär der FAU Berlin. Darüber hinaus besitzt dieser Sieg eine nachhaltige Bedeutung für die unabhängige ArbeiterInnenbewegung, denn er dürfte enorm wichtig sein für alle, die sich außerhalb der korrupten Zentralgewerkschaften gewerkschaftlich organisieren wollen.

Im August 2010 wird in Bern eine Veranstaltung mit einem Mitglied der FAU Berlin zum Babylon-Kampf und dem Gewerkschaftsverbot stattfinden. Provisorisches Datum ist der 18.08.2010 – genaue Informationen bald auf www.faubern.ch

Sieg auch für Emmely

Am selben Tag fiel auch ein der Entscheid des Bundesarbeitsgerichtes im „Fall Emmely“, einer KassiererIn, die in einem Streik aktiv war und deshalb unter fadenscheinigen Gründen (sie habe zwei ihr nicht gehörende Flaschenpfandbons im Wert von 1,30 Euro eingelöst) entlassen wurde. Nach einer jahrelangen Kampagne zu ihrer Unterstützung wurde ihre Kündigung am 10. Juni für rechtswidrig erklärt.

Die Bedürfnisse der armen Leute

Über die Strassenproteste in Thailand

Bangkok Betonschungel, Anfang und Ende meiner Asienreise. Begegnungen und Beobachtungen, Gespräche mit Einheimischen, die Lektüre der englischsprachigen Lokalzeitungen sind die Informationsquellen, auf die sich dies Überlegungen hier stützen. Das ganze war auch eine Suche nach einer sich irgendwie neu formierenden Klassenautonomie. Doch es gibt keine goldene Horde von Bangkok, sehr wohl aber die Wut und die Hoffnung.

Black Shirts

CentralWorld ist eine Ruine. Das grösste Einkaufszentrum Südasiens abgebrannt und teilweise eingestürzt. Ein beeindruckender Anblick. Die Zeitungen berichten über einen angeklagten Demonstranten: „Nachdem die UDD (Vereinigte Front für Demokratie und gegen Diktatur) am 19. Mai die Demonstration in Ratchaprasong für been-

det erklärt hatte, stürmten Her Saichol und andere Leute die Glastüren und stürmten um 14h30 die Zone E im ersten Stock des CentralWorld Shopping Center; verfielen in eine Plünderungswut und zündeten dann das Gebäude an.“ Der durch die Riots entstandene Sachschaden soll 1,3 Mia. Franken betragen. Die bewaffneten Gruppen waren ein zentrales Charakteristikum der diesjährigen Protestrunde. Auch schon letztes Jahr wurde bei den Riots am 12. April 2009 massiv Gewalt angewendet. Richtig happig war da die Drohung, einen Lastwagen mit Propangas in die Luft zu sprengen. Doch dieses Jahr gab es diese bewaffneten Zellen, die zuerst „Men in Black“ und dann „Black Shirts“ genannt wurden. Am 10. April 2010, in der Touri-Meile Kao San Road, hätte das Ende der Bewegung sein sollen. Die ersten Schüsse kamen jedoch aus den Reihen der Red Shirts. Am Ende flüchtete die Armee und

musste sogar zwei Panzer zurücklassen. Kompromisslosigkeit ist Skrupellosigkeit. In den abgebrannten Einkaufszentren waren auch Leute drin, bei den zahlreichen Anschlägen mit Granatwerfern und Maschinenpistolen auf Polizei, Armee, Regierungsgebäude, Stromversorgung, Banken, Einkaufszentren, Fernsehsender, etc. kamen nicht nur Sachen und Sicherheitskräfte zu Schaden, sondern auch unbeteiligte Passanten und Pendlerinnen. Soweit mir bekannt ist, unterstützte oder duldete die Basis der Bewegung diese bewaffnete Politik mehrheitlich. Ein Red-Shirt-Anhänger, der bei der Besetzung dabei war, „jeden Tag dort hingegangen ist“, und jetzt beim Hauptbahnhof rumhängt, erklärt mir seine Ansichten über die bewaffneten Gruppen: „Ich kenne einige Black-Shirt-Leute. Diese töteten schon vorher viele ‚big soldiers‘, zum Beispiel am 10. April. Ich denke, es ist ok, denn wenn sie [Black Shirts]

diese [Soldaten] nicht getötet hätten, dann hätten diese viele Red Shirts umgebracht. Diese Soldaten sind verrückt, Mann, die foltern! [...] Diese Regierung ist so verrückt, alles ist so schlecht.“

Thaksin, der König und die Bauern

Am 19. Mai waren noch 5'000 Leute in Ratchaprasong. Die anderen sind vorher gegangen. Denn es war wirklich gefährlich, dort zu sein. „Es hatte überall Sniper, ich bin eine ganze Woche nicht aus dem Haus gegangen“, erzählt mein Begleiter. Doch für wen und was und gegen wen und was kämpften diese Leute eigentlich? Die Ereignisse vom 19. Mai hatten eine eigentümliche Logik. Auf den ersten Blick erscheinen die Attacken als Angriff auf Zentren und Symbole von Macht und Reichtum. Offenbar wurden die Ziele jedoch „sorgfältig ausgewählt“. Manche wurden heftig getroffen, andere Gebäude in der selben Umgebung wurden kaum

Bahnhof ist richtig aufgebracht. „Was sind die Bedürfnisse der armen Leute, was wollen die armen Leute?“, frage ich ihn ganz direkt. „Die armen Leute brauchen Thaksin. Er macht die armen Leute glücklich. Sie kommen sehr leicht zu Geld. Natürlich, man muss es zurückzahlen. Doch man zahlt nur etwa 1.5% Zins. Jetzt sind es etwa zehn Prozent mehr. [...] Herr Thaksin hat viele Projekte, die sehr gut sind [...]“ Der Mann hat recht: Während Thaksins Regierungszeit 2001 bis 2006 haben die Unterklassen das erste Mal etwas vom Staat bekommen, am bekanntesten ist die Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung, alles in allem hat sich in vier Jahren die Armut halbiert. Natürlich war Thaksin genauso korrupt wie alle anderen auch und hat viel Geld in die eigenen Taschen gesteckt. Doch er hat sich gegen die traditionelle Elite aufgelehnt, gegen die Machtzirkel um das Königshaus, das noch reicher

gibt es „vielleicht nächstes Jahr“. Und ein Bürgerkrieg ist ohne Waffen ein unmögliches Unterfangen. „Er [Thaksin] bekommt sie aus Kambodscha. Die Leute im Nordosten würden einen Krieg befürworten“, meint mein Begleiter zu dieser Frage. Ich glaube ihm nicht. Wohl eher fangen einige wieder damit an, mit Granatwerfern auf Regierungseinrichtungen zu schiessen. Oder es gibt bald wieder neue Strassenproteste. „In einigen Monaten ist es wieder gleich weit, denn nichts ist beendet, alles ist so verrückt!“ Das sagt jedenfalls der Typ vom Bahnhof.

sweatshirt

[Dieser Artikel ist eine gekürzte Version. Den vollen Artikel findet ihr auf www.chefduzen.ch -> Allgemeines Politikforum -> Bangkok: Strassenproteste ->Seite 2.]



Auch Barrikaden aus Lastwagenpneus wurden in Bangkok errichtet

beschädigt, je nach politischer Zugehörigkeit der Besitzer. Manche stehen der Regierung nahe, andere dem Ex-Premier Thaksin, der heute im Ausland lebt. Man darf nicht vergessen, dass am Anfang der ganzen Geschichte die Enteignung von 2.7 Mia. Franken Thaksin-Geldern steht. Deshalb wurden im März die ganzen Mobilisierungen überhaupt gestartet. Für die Basis, Bauern aus dem Nordosten und Norden des Landes, Wanderarbeiterinnen aus Bangkok ist das eigene politische Schicksal eng mit Thaksin verknüpft. Thaksin ist der Retter: „Thaksin hat es besser gemacht als sämtliche anderen Regierungen in Thailand. Wenn er Premierminister ist, kann er alles tun, dann kann er Thailand viel helfen. Doch jetzt geht Thailand vor die Hunde. Diese Regierung ist so verrückt, alles ist so verrückt!“ Der heimatlos gewordene Demonstrant beim

sein soll als dasjenige von Saudi-Arabien. Ein Analyst einer lokalen Zeitung „sagte, dass Thaksin die Neureichen repräsentiert. Doch trotz seines grossen Reichtums ist es ihm unmöglich mit den traditionellen Kapitalisten zu konkurrieren. Denn diese haben ihren Reichtum und ihre Beziehungen in Zusammenarbeit mit erfolgreichen Regierungen, dem Militär und den Mandarinern der Bürokratie angehäuft.“ Thaksin ist ein gerissener Populist der nicht aufgeben will, der genau weiss, dass die Unterklassen wütend sind und Forderungen stellen und diese vehement durchkämpfen wollen. Und jetzt? Die Leute sind nach Hause gegangen, Thaksin wird als Terrorist gesucht, die Regierung ist wieder ins „Government House“ eingezogen. Wie es weitergeht ist unklar. Neuwahlen, eine der Hauptforderungen der Bewegung,

Chronik der Ereignisse

Februar 2010 Bislang grösste Strassenproteste in der Geschichte Thailands im Gefolge der Enteignung von Thaksin-Geldern. Forderung nach Neuwahlen.

April Fehlgeschlagene Militäroperation zur Niederschlagung der Red-Shirt-Bewegung. Besetzung des kommerziellen Zentrum Bangkoks durch die DemonstrantInnen. Zunahme von Anschlägen. Verhängung des Ausnahmezustands in Bangkok.

April/Mai Verhandlungen zwischen Regierung und Red Shirts scheitern. Weitere Strassenschlachten. Ausweitung des Ausnahmezustands auf Provinzen im Nordosten.

Mai Siebentägige Schlacht im Zentrum Bangkoks. Aufgabe der Red-Shirt-Führung. Räumung durch die Armee.

Konfliktlinien

Red Shirts:

- Unterklassen aus dem Nordosten, Norden und Bangkok
- Eliten-Fraktion um weggeputschten Ex-Premier Thaksin
- Teile der Polizei
- Abtrünnige Armee-Angehörige

Regierungslager:

- Traditionelle Elite
- Königshaus
- Armee
- Mittelklasse
- Teile der Polizei

Weitere Infos:

de.wikipedia.org/wiki/Unruhen_in_Bangkok_2010 | http://en.wikipedia.org/wiki/2010_Thai_political_protests

Europa in der Krise

Wahrscheinlich durchlebt Europa seinen schwierigsten Moment, seit 1952 die EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) gegründet wurde. Abgesehen von der Tatsache, dass diese Länder zur Eurozone gehören, gibt es in diesen Ländern verschiedene ökonomische, soziale und politische Prozesse, die vielleicht auf einen Zersetzungsvorgang oder eine Zeitwende hinweisen.

Diese Prozesse sind:

1) Der allgemeine Aufstieg von Bewegungen mit einem starken neofaschistischen, homophoben, xenophoben und zentralistischen Charakter, die in vielen Orten Europas entstanden sind. Ein Beispiel kann in Ungarn gesehen werden, wo eine extrem rechte Partei (Jobbik) 17% der Stimmen erreicht hat – 2% weniger als die sozialdemokratische Partei - und die regierende konservative Partei findet in Jobbik ihre natürlichen Verbündeten. Italien wird langsam zu einem faschistischen Staat, in Frankreich ist Le Pen seit 10 Jahren in der Öffentlichkeit, in Dänemark regiert die konservative Partei mit der notwendigen Unterstützung der extremen Rechten, in der Schweiz wird eine rassistische Politik umgesetzt, in Polen regiert seit Jahren eine homophobe Partei und nach dem Unfalltod des Präsidenten und einer Entourage könnte sich die Situation verschlechtern...

2) Viele Konflikte mit einer nationalistischen Perspektive, die seit Jahrzehnten dauern, finden keine Lösung, sondern werden komplizierter. Der irische Konflikt hat in den letzten Jahren eine Lösung gefunden, obwohl diese sehr langsam anläuft. Der baskische Konflikt dauert schon Ewigkeiten und mit jedem Waffenstillstand sieht es so aus, als sei die einzige Lösung, dass sich der spanische Staat den Forderungen der baskischen Bewegungen verschliesst. Die Politik in Katalonien zielt auf Föderalismus ab. In Korsika holten die verschiedenen nationalistischen Kräfte dieses Jahr 35% der Stimmen. Aber die kritischste Situation ist in Belgien, das seit 9 Monate unfähig

ist eine Regierung zu schaffen, die die Interessen von Wallonen und Flamen vereinen könnte.¹ Man muss unterstreichen, dass diese Krise eine innere Gefahr für Europa birgt, weil Belgien eines der ursprünglichen Begründer der EGKS ist, d.h. ein Land, das in Europa eine Referenz darstellt. Wenn Belgien unfähig wäre, seine Krise zu lösen, könnten verschiedene nationalistische Bewegungen, die in Europa existieren – sogar vergessene, wie in Sizilien, Korsika, in der Bretagne usw. – unerwartet Auftrieb erhalten.

setzen werden. Aber wenn die P.I.I.G.S. die Rechnung der ersten Finanzbaisse bezahlen müssen, wird der Sachverhalt interessanter werden, da Grossbritannien, die USA und Japan die nächsten wären, die von der Finanzspekulation gegen ihre Staatsverschuldung betroffen werden könnten. Vor allem Japan, mit einer Staatsverschuldung von 218% seines Bruttoinlandsprodukts im Jahre 2009 und einer sehr unstablen Währung. Aber auch die Frage der USA - weil es wirklich Zweifel gibt, dass sie weiterhin Gläubiger



Für einmal wird PIGS nicht als Beleidigung verstanden...

3) Die Frage mit den grössten Auswirkungen ist aber zweifellos die der ökonomischen und strukturellen Krise. Sie hat 2008 mit der Krise der Subprime-Hypotheken angefangen und kommt heute, in ihrer zweiten Welle, zu den Staaten. Die erste Frage, die gestellt werden muss, ist, ob sich alle Regierungen überhaupt sicher sind bezüglich der Richtung, der sie folgen müssen.

Obwohl die neoliberalen Massnahmen und die Rezepte des Internationalen Währungsfonds (IWF) weiter angewendet werden, sind die Umstände anscheinend sehr unvorhersehbar. Die P.I.I.G.S (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien) sind die ersten Staaten, die Lohnkürzungen, Anstellungstopp im öffentlichen Sektor, Rentenkürzungen, allgemeine Entlassungen im privaten Sektor, Privatisierungen und weniger Investitionen im öffentlichen Bereich um-

finden kann um ihre Verschuldung zu finanzieren. Interessant ist auch zu wissen, dass die zwei grössten Gläubiger der US-Schulden China und Japan sind. Die japanische Verschuldung bleibt unter japanischen Gläubigern, aber wenn die USA nicht fähig wären, ihre Verschuldung zu bezahlen, würde es Japan sehr stark spüren. Die Spekulation gegen die Verschuldung der USA, die Strategie von China um Japan und die USA zu destabilisieren, damit sie ihre Exporte nach Japan steigern und ihre geostrategische Macht gegenüber der USA erhöhen können, und die grosse Verschuldung von Japan könnte eine riesige weltweite Krise auslösen.

Hintergründe

Wir schreiben jedoch weiter über Europa. Wir sind interessiert verschiedene Beispiele zu untersuchen. Wenden wir unsere Aufmerksamkeit auf die neuen ökonomi-

¹ Am 13.06.2010 wurde die flämische Unabhängigkeitspartei zum ersten Mal mit 30% der Stimmen zur stärksten politischen Kraft.

schen Gesetze, die in Spanien angewendet werden. Die Regierung Zapateros versucht seit zwei Jahren, das spanische Sozialsystem während der Krise nicht abzubauen. Auch hat die Regierung damals versucht, die Arbeitslosenrate (heute bei 20%) mit verschiedenen Strategien, die auf grossen staatlichen Investitionen basierten, zu senken. Sie haben aber auch die Banken gerettet und nach zwei Jahren spürt man den politischen und ökonomischen Verschleiss. Jetzt beginnt die Exekutive mit Lohnkürzungen zwischen 5% und 15% im öffentlichen Sektor, massiven Kürzungen beim Kindergeld und bei den Invalidenrenten. Es ist wichtig die „Notwendigkeit“ dieser Massnahmen zu erklären. Spanien wurde durch den Druck der EU und die Spekulationen gegen seine Verschuldung gezwungen, seine Politik zu ändern. Es tauchen zwei Fragen auf:

würde, mit dem Risiko, dass Spanien folgen würde, wären die Folgen viel grösser. Es wurde viel Geld in Spanien investiert.

b) Was heisst Spekulation gegen die Staatsverschuldung?

Die Erklärung was Staatsverschuldung heisst, macht es nötig, in unseren Artikel einen Umweg einzubauen. Es lohnt sich. Denn zuerst muss erklärt werden, dass die Staatsverschuldung existiert, seit moderne Staaten existieren. Also, die Staatsverschuldung ist ein Mechanismus, der begann benutzt zu werden, als der Kapitalismus ein kleines Kind war. Die Spuren dieses Mechanismus‘ kann seit Genua und Venedig im ausgehenden Mittelalter verfolgt werden, um ihn dann mit voller Kraft mit der Eroberung von Amerika durch Spanien entstehen zu sehen (die Eroberung war eine fundamentale Basis der kapitalistischen

auch eine beliebte Art um das Kapital aufzuwerten. Die Reichen haben Kapital geliehen, um es mit den entsprechenden Zinsen zurückzubekommen. So ist die Staatverschuldung sinnvoll. Sie kommt nicht aus dem Nichts, sondern es ist eine Art, wie ein Staat in einen bestimmten Moment über viel Geld verfügen kann, um es danach durch Steuern langsamer und „ruhiger“ wiederzubekommen und zurückzugeben.

Als die Subprimekrise losbrach, waren die Staaten in einem Dilemma: Entweder das Kapital impfen oder zulassen, dass das System zusammenbricht. Die letztere Option wurde 1929 beschlossen. Die Erfahrung 1929 und der Mangel einer gefährlichen Konkurrenz auf internationaler Ebene (wie die Sowjetunion vor einigen Jahrzehnten) führte zur Impfung von Kapital, um die Banken zu retten. So wurde der Konjunkturreinbruch ab-

gemildert und die Wirtschaft wuchs wieder – sehr wahrscheinlich als Folge Liquiditätsspritze in den Finanzsektor.

Niemand könnte Geld ausleihen, wenn alle allen misstrauen würden und einige unbezahlte GläubigerInnen wären. Trotzdem gibt es ein Problem hinter dieser Logik. Die Staaten sind verschuldet und jetzt brauchen sie Kredit. Sie leihen den Banken Geld mit 1% Zinsen, müssen aber 5% Zinsen akzeptieren um einen Kredit

von den Banken zu bekommen. Das letzte Mal passierte noch etwas. Die Liquidität wurde mit einem SWAP-Kredit „entsorgt“. Das heisst, eine Art von Kredit, bei dem die Rückzahlungszinsen auf der Kreditwürdigkeit basiert – je grösser die Unsicherheit, desto mehr Zins. Diese Art von Krediten sind sehr rentabel, wenn man die Mittel hat, einen Staat als zahlungsunfähig darzustellen... Die Banken haben verschiedene Techniken dafür. Zusammenfassung: die Schuld wächst und stürzt in den Abgrund der Finanzorgie, die die SpekulantInnen organisieren. Die Schuld hingegen gehört allen, der Beamten, dem Bäcker und auch dem kleinen Unternehmen.



Hat der Stabilitätspakt Griechenland auf den Hund gebracht?

a) Warum gibt es Druck durch die EU?

Die EU übt Druck auf Spanien, Portugal und Griechenland aus, weil sowohl die französischen, als auch die deutschen Banken eine beachtliche Menge Geld in diesen Ländern investiert haben. Wenn diese Staaten Bankrott machen (Default), sind Deutschland und Frankreich die ersten, die die Auswirkungen spüren werden. Trotzdem gibt es Unterschiede: Es ist vor allem für Deutschland möglich, ein Default in Griechenland zu übernehmen (deswegen gab es eine Konfrontation zwischen Sarkozy und Merkel, da die französischen Banken viel mehr in Griechenland investiert hatten als die deutschen). Wenn Portugal Bankrott machen

Akkumulation; ein wirklicher Markt, der haufenweise Metall, sehr billige Arbeitskräfte und eine neue Region zur Expansion brachte). Es ist klar, dass die Staaten nicht hätten konkurrieren können, wenn sie ein Steuersystem benutzt hätten, das nur auf Privilegien basiert und vor allem auf den Bauernstand angewendet würde. Man muss sagen, dass Staat und Kapital nur Wesenszüge eines gleichen Systems sind, in dem das Kapital eine staatliche Infrastruktur braucht – mit genügend Macht, zum Beispiel, um das Sklaventum und die Massenverarmung in Südamerika hervorzubringen. Auf der anderen Seite brauchten die Staaten jemanden, der ihnen Geld leihen konnte, und das vermittelten unsere lieben Kapitalisten. Das war

Ein Beispiel? Griechenland.

Jetzt taucht die ewige Frage auf: Warum, wenn die Schulden allen gehören, bezahlen sie nicht alle? Diese Frage betrifft eigentlich den Kern des Problems. Klar ist, dass der Staat die Interessen des Kapitals normalerweise schützt, aber dieses Bild wäre eine Vereinfachung der Antwort. Vor allem versucht der Staat immer weiter zu überleben, sich immer weiter zu reproduzieren, und wenn die Massnahme zur Folge hat Griechenland zur Deflation verdonnern, wenn die Staatsausgaben so reduziert werden, dass die BürgerInnen viel weniger konsumieren werden und daher der Staat in Rezession bleibt, warum keine keynesianistische Politik anwenden? Warum versucht niemand die Schulden zu verteilen? In erster Linie kann Griechenland seine Währung nicht entwerten. Diese Option würde die SparerInnen (mit wenig oder viel Geld) belasten. Alle würden mehr oder weniger betroffen werden. Wenn Griechenland die Mehrheit der KapitalistInnen besteuern würde, um die Schulden zu bezahlen, würde das Kapital in einem neoliberalen System wie heute aus dem Land fliehen. Es würde sagen: Ciao, ich fliege vielleicht...in die Schweiz?

Deshalb muss der Staat Vertrauen in die Konkurrenzfähigkeit schaffen, damit die InvestorInnen Griechenland attraktiv finden. Also ist die beste Möglichkeit, die Bevölkerung zu verarschen, und es so einzurichten, dass von ihrer Seite wenig Gegenwehr kommt. Seit die sozialistischen Staaten gescheitert sind, gab es einen starken Abschwung der sozialen Bewegungen, der sozialen Kämpfe. Und so sehen die griechischen ArbeiterInnen heute, wie ihre Kaufkraft um 20 bis 50% gesenkt wird, wie der öffentliche Sektor (Gesundheit und Bildung!) verkauft wird und wie grosse Teile ihrer Rechte verschwinden. Dies ist die Abschaffung des Wohlfahrtsstaates.

Irgendwie bekommt das Problem seine wahre Form. Man muss noch zwei Sachen im

Kopf haben. Alle europäischen Länder sind sehr stark verschuldet (eigentlich hat die Mehrheit der ex-sowjetischen Ländern seit zwei Jahre ein Defaultsrisiko. Lettland ist das beste Beispiel). Aber es darf auch nicht vergessen werden, dass Europa nur ein Schuldenproblem hat, wenn die Realwirtschaft nicht der Finanzwirtschaft entspricht. Es muss auch gesagt werden, dass sich die deutsche Wirtschaft ab den 80ern und 90ern auf Kosten der neuen Mitglieder, die in die EU eingetreten sind, erneuerte und

wuchs. Deutschland hat seine Exporte in dem Moment erhöht, in dem seine Produktionskraft gefährdet war, zu veralten. Heute exportiert Deutschland zwei Drittel der Produkte an europäische Länder. Ursprünglich führte diese Situation dazu, dass diese Länder grosse Investitionen bekommen haben und die Kaufkraft der BürgerInnen stieg, denn die Produkte aus Deutschland waren billiger wegen ihrer besseren Produktivität. Dagegen haben diese Länder mit der Zeit ihre Fähigkeit verloren, zu konkurrieren. Nun kommt der Punkt: Deutschland schaffte ein Exportsystem und es muss weiter exportieren, und die Länder, die ein Default-



Risiko haben, versuchen gleichzeitig ihre Konkurrenzfähigkeit in Europa mit dem Abbau des Sozialstaates zu erreichen. Die europäischen Länder konkurrieren miteinander, obwohl sie eine gleiche Währung haben und eine gemeinsame Politik suchen. Jemand sollte schreien: Rette sich, wer kann! Die Antwort auf diese Situation ist sehr alt: Imperialismus und Wirtschaftsabhängigkeit. Man schafft einen Rettungsfonds, mit Rückendeckung des IWFs, der die Staaten zwingt, eine neoliberale Politik umzusetzen. Das Finanzkapital der Länder im Zentrum (in unserem Fall Deutschland und Frankreich) bleibt ohne Risiko, da das verschuldete Land das Geld, das es zurückgeben muss, von den anderen Ländern bekommt. Das heisst, dass Deutschland und Frankreich ihr Geld vor allem von... Deutschland und Frankreich (als grösste Investoren des Rettungsfonds) kriegen.² So schuldet Griechenland das gleiche Geld mit neuen Zinsen, obwohl sie dieses Mal kleiner sind, weil sie aus einem Rettungs-

² Die Hilfe des Rettungsfonds kommt auch aus anderen Ländern der EU, wie Belgien, Spanien, Italien, usw... auch die USA steuert durch den IWF Geld bei.

fonds kommen. Aber der Staat muss einen Stabilisierungsplan einführen um den Fonds zu bekommen. Mit anderen Worten: Die griechischen ArbeiterInnen sind die SchuldnerInnen der deutschen und französischen Banken. Noch einmal: dass Griechenland konkurrenzfähig wird, bedeutet, dass die Firmen jetzt den griechischen ArbeiterInnen das letzte Stück Mehrwert abzwängen können. Die Mehrheit der BürgerInnen profitiert nicht davon, sondern verliert Kaufkraft. Der Staat bekommt nicht genügend Geld durch Steuern, muss also noch einmal die Staatsverschuldung und den Haushaltsausgleich benutzen. Die Geschichte wiederholt sich und der Staat kommt in einen deflationären Zyklus. Es ist ein Teufelskreis, der lange Zeit brauchen wird um sich zu entwirren. Unterwegs werden die ArbeiterInnen viele ihrer sozialen Errungenschaften verlieren und der Staat wird total abhängig von internationalen Investitionen werden.³

Auswege?

In den europäischen Ländern entstehen verschiedene Strategien um mit der Krise umzugehen. Griechenland ist ein gutes Beispiel, um sie zu untersuchen. Eine wäre der Stalinismus, der dort von der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) repräsentiert wird. Die andere, am Anfang des Artikels genannte Strategie ist der Nationalismus. Die Entwicklung des Kapitalismus schafft eine ökonomisch, militärisch und politisch hierarchische Struktur und diese Bewegungen sind die Materialisierung dieser Struktur. Europa wird sich damit in Zukunft beschäftigen müssen. Man muss sagen, dass diese Strategien im Rahmen von Kapitalismus und Patriarchat bleiben und dass es notwendig ist, andere Strategien umzusetzen. Aktuell in Griechenland, aber auch anderswo, gibt es ein paar vielversprechende Ansätze. Man müsste über die Krise der Linken sprechen um sie zu analysieren. Aber das ist eine andere Geschichte.

Paula Sigè

³ Der historische Teil dieses Artikels basiert auf: K. Marx, „Das Kapital“, Sektion VII. (beschreibt die Staatsverschuldung und die ursprüngliche Akkumulation); I. Wallerstein, „The Modern World System III“, Kapitel 2 und 3 (beschreibt die Rolle der politischen Infrastruktur in Verbindung mit der Wirtschaft); I. Wallerstein, „Europa está en implosión?“ (diskutiert die allgemeine Idee der politischen Krise in Europa); A. G. Frank und seine Dependenztheorie

Das Programm der Grünliberalen

Immer mehr Wald wird kahl gehackt
Auf dass niemand mehr hinter die Bäume kackt
Immer mehr Asphaltstrassen werden gebaut
Auf dass sich niemand den Anzug versaut

Schon wieder ein Naherho(h)lungsgebiet
Auf dass niemand mehr echte Natur sieht
Warum wollen bloss so viele Menschen laufen?
Sie sollen lieber im Westside einkaufen

Grün sind wir aus Gewissen und Nostalgie
Und politisieren brav für die Natureuthanasie
Halten uns für die einzig wahren Öko-Asketen
Sehnen uns nicht nach Natur sondern Aktienpaketen

Wir sind liberale FDPLer mit Chloroplasten
Für Gewinn betonieren wir jeden Sandkasten
Wir tragen nur feinsten Sweatshop-Zwirm
Und den Verrat am Umweltschutz auf der Stirn

von: Niedzwiedzke

Abbruch

Nagender Baggerzahn frisst sich durch Stahlbeton
Trümmer fallen auf den Grund
Das Gerippe wird sichtbar
Das Alte muss weg
Schutt räumen
Neuanfang

von: Niedzwiedzke



Cc&Hs: Some Room Left For Your Dreams

Einisch isch e Gwärkschaft chli am wärkle gsi

Einisch isch e Gwärkschaft chli am wärkle gsi
wo si du de entlech si bereit gande
isch t Revolution scho düre gsi
und de het si sech wider ufglöst di Bande.

Da steit t Unia gross und mächtig im Schwitzchaschte
doch es brodlet im Vouch und di nöie trage uf de Banner Chatze
Da steit t Unia gross und mächtig aber vorem mu es Blatt
Stöh t anarchosyndikalische ir Stadt und verteile es Flugblatt
Da steit t Unia gross und mächtig und verhandlet Soziauverträg
Stöh di rot-schwarze vor dr Fabrik und verzeue vom ne Kampf um nöie Arbeitsverträg
Da steit t Unia gross und mächtig und vertritt vo de Arbeiter nume no di Riche
Da ggesch di ehwig grächte oh im Schatte vor Gseuschaft umeschliche
Da steit t Unia gross und mächtig, ar Demo mit 10'000 Banner ir Hang
verteilt di Freie Arbeiter Union Bern 1'000 Flugbletter und ar Unia wird Angst und Bang

Von: Isbär

Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichte und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unverönventlichtes abzdrukken und freuen uns natürlich wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch)

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf schon bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.

